



Wenn Zahlen und Worte nicht übereinstimmen

Im Geschäftsbericht des Kantons Luzern schreibt der Regierungsrat, dass er eine hervorragende Lebensqualität zum strategischen Ziel seiner Politik erklärt. Er will unter anderem auch das hochstehende Bildungs- und Ausbildungsangebot optimieren und dafür besorgt sein, dass sich die Luzernerinnen und Luzerner wohl und sicher fühlen. Es sind grosse Ziele, die sich der Regierungsrat setzt. Es sind auch die Ziele der SP und wir würden den Regierungsrat sehr unterstützen, wenn er sich auf den Weg machen würde. Aber im Moment ist leider das Gegenteil der Fall. Gleichzeitig mit dem Geschäftsbericht erschien auch die Rechnung und diese spricht eine ganz andere Sprache. Sie ist um rund 30 Millionen schlechter ausgefallen als budgetiert. Hauptverantwortlich dafür sind die um rund 20 Millionen Franken tieferen Steuererträge bei den juristischen Personen. Der schlechte Rechnungsabschluss verschlechtert die Ausgangslage für die kommenden Jahre massiv. Um die Schuldenbremse einzuhalten, muss das angekündigte Sparpaket von 60 Millionen Franken für 2014 deutlich erhöht werden. Wie sollen da die oben erwähnten Ziele eingehalten werden können? Es kann gar nicht mehr darum gehen, die Ziele zu erreichen, sondern es geht darum, nicht noch weitere Leistungen abzubauen. Wir brauchen dringend eine Steuererhöhung von mindestens 1/10 Einheiten, damit unsere Kinder und Jugendlichen

weiterhin eine gute Bildung geniessen, damit Menschen mit einer Behinderung ausreichend gefördert und gepflegt werden, damit der öffentliche Verkehr ausgebaut wird und damit die vielfältige Kultur am Leben bleibt.

Die Bilanz der bürgerlichen Wirtschaftspolitik im Kanton Luzern ist klar negativ. Das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung liegt nach wie vor rund 20 Prozent unter dem nationalen Durchschnitt! Der Kanton Luzern braucht eine Wirtschaftspolitik, die die einheimischen Unternehmen stärkt und gezielt Arbeitsplätze fördert, an denen sich überdurchschnittliche Löhne verdienen lassen. Die Steuerpolitik des Kantons Luzern schadet der Mehrheit der Bevölkerung: Leistungen werden abgebaut und Gebühren erhöht. Sie führt immer deutlicher zu einer Umverteilung von unten nach oben. Wir wollen eine andere Wirtschaftspolitik, eine Politik, in der das Wohl der Mehrheit der Menschen zählt. Eine Politik, bei der sich die Luzernerinnen und Luzerner wohl und sicher fühlen.

Im Herbst können wir einmal mehr über Öffnungszeiten abstimmen. Wir kommen bei diesem Thema bestimmt nicht aus der Übung! Zur Abwechslung geht es für einmal um die Tankstellenshops. Die SP hat das Referendum gegen die Totalliberalisierung bei Tankstellenshops ergriffen. Letztlich zählen die gleichen Argumente wie vor einer Woche im Kanton Lu-

zern. Verlängerte Öffnungszeiten sind für das Personal nicht zumutbar.

Ebenfalls im Herbst stimmen wir über die Mundart-Initiative ab. Die SVP will, dass im Kindergarten nur Schweizerdeutsch gesprochen wird. Wenn man das zu Ende denkt, wäre es den Kindern auch verboten im Spiel hochdeutsch zu reden. Kleine Kinder haben überhaupt keine Probleme, Hochdeutsch zu verstehen. Im Gegenteil, es ist eine riesige Chance, das Hochdeutsche richtig zu erlernen und später keine Komplexe zu haben, diese Sprache auch zu sprechen. Es wäre ein grosser Verlust, wenn nur noch Mundart gesprochen werden dürfte im Kindergarten.

Im November kommt die 1:12-Initiative der JUSO zur Abstimmung. Wir brauchen euch alle, um diese Abstimmung gewinnen zu können. Macht mit bei allen Aktionen, die durchgeführt werden, schreibt Leserbriefe, stellt Plakate in eurer Gemeinde auf und redet mit allen über die Initiative. Wir werden euch rechtzeitig über alle geplanten Aktionen informieren. Wir haben reelle Chancen, diese Abstimmung zu gewinnen!

Felicitas Zopfi
Präsidentin der SP Kanton Luzern



Die Zeit ist reif für eine attraktivere Bahnhofstrasse

Auch der Stadtrat unterstützt die Initiative für eine Bahnhofstrasse ohne Autos. Damit steigen die Chancen der SP Stadt Luzern, erneut mit dem Thema Lebensqualität zu punkten.

Rathausquai, Grendel, Mühlenplatz – alles Orte im Kern der Stadt Luzern, wo früher der motorisierte Individualverkehr durchgefahren ist oder parkiert hat. Eine Rückkehr in diese Zeiten ist heute für eine Mehrheit der Luzernerinnen und Luzerner undenkbar. Darum hat die SP Stadt Luzern 2011 im Rahmen des Grendelfests die Volksinitiative «Für eine attraktive Bahnhofstrasse» lanciert. Das Ziel liegt auf der Hand: Was in der Altstadt zu mehr öffentliche Raum mit Lebensqualität geführt hat, soll auch jenseits der Reuss möglich sein. Eine Flaniermeile direkt am Wasser, vom Bahnhof aus sogar noch schneller erreichbar als die Altstadt. Am 22. September kommt das Anliegen vors Volk und dies erst noch unter viel versprechenden Voraussetzungen.

Stadtrat befürwortet Initiative

Gleicher Meinung ist nämlich auch der Stadtrat. Mit seiner Unterstützung der Initiative leistet er dem Vorhaben Schützenhilfe und beweist, dass die Aufwertung des öffentlichen Raumes auch der Stadtregierung ein Anliegen

ist. Und Gleicher Meinung ist zudem die zuständige Baukommission des Grossen Stadtrats, welche dem Parlament die Zustimmung beantragt. Einziger Wermutstropfen: Der vorgesehene Planungskredit von 800 000 Franken wird um die Hälfte reduziert.

Argumente sprechen für uns

Zu dieser guten Ausgangslage gesellen sich handfeste Argumente: Für den Verkehrsfluss rund um den Bahnhof ist die Bahnhofstrasse gemäss einem Fahrtenmodell für den Tiefbahnhof nicht von Belang. Vielmehr dient sie heute als Schleichweg, um den Ampeln an der Pilatusstrasse auszuweichen. Hinzu kommt, dass die Parkhäuser in der Stadt im Wochenschnitt alles andere als Vollbelegung ausweisen können, was zeigt, dass die Parkplätze an dieser prominenten Lage überflüssig sind. Nicht zuletzt aber will die SP einmal mehr mit dem Argument der Lebensqualität bei der Bevölkerung punkten und diesem Ort in der Stadt zu mehr Attraktivität verhelfen.

Mario Stübi
Mitglied Initiativkomitee



Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

In Thun eskalierte vor kurzem der Arbeitskonflikt in den ehemals städtischen Heimen. Die tieferen Ursachen für den Konflikt liegen in der Auslagerung der Heime im Jahr 2007. Der Anteil privat betriebener Heime nimmt stetig zu. Ob dies zum Wohl der Bewohnerinnen und Bewohner ist, darf füglich bezweifelt werden. Grund genug, sich eingehender mit dem Thema zu befassen.

Während sieben Wochen arbeitete ich als Gewerkschaftssekretär für die UNIA Berner Oberland in Thun. Wir unterstützten dabei die Mitarbeitenden der «Wohnen im Alter Thun AG» (WIA) in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. Die Situation in Thun ist dabei typisch für Heimauslagerungen, wie sie in den letzten Jahren an vielen Orten in der Schweiz stattgefunden haben.

Konkret entzündete sich der Konflikt in Thun an zu tiefen Löhnen, zu vielen Überstunden, ungesetzlichen Pausenregelungen und dauerndem Stress, sowie dem fehlenden Willen der Leitung, mit den Mitarbeitenden und den Gewerkschaften im Betrieb eine Lösung im Sinne der Sozialpartnerschaft zu finden.

Versucht man, die tieferen Ursachen des Konflikts zu finden, stösst man auf strukturelle Probleme, verursacht durch die Auslagerung der städtischen Heime. Seit 2007 häuften sich die Probleme: Kompetenzstreitigkeiten, Massenkündigungen, überhastet eingeleiteter Strategiewechsel, Vernachlässigung der Arbeitsbedingungen und Missmanagement im Allgemeinen.

Die Stadt Thun steht mit ihrer Heimpolitik nicht alleine da. Gerade kleinere Gemeinden haben in den letzten Jahren oftmals ihre Altersheime privatisiert. Tatsächlich wächst der Anteil privater Heimbetreiber stetig, die entsprechende Lobby gehört inzwischen zu einer der stärksten.

Angesichts des Dickichts von Teilzeitverwaltungsräten, Anbietern von medizinischen und Pflegedienstleistungen, sowie weiteren Geschäftsfeldern wie Hotellerie etc. ist es fraglich, ob dies wirklich den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner dient.

Politisch ist das kaum Thema. Die politische Ebene der (kleineren) Gemeinden ist in der Öffentlichkeit kaum präsent und dass die höheren Betreuungskosten nun von den Bewohnerinnen und Bewohnern beziehungsweise deren Angehörigen getragen werden müssen, ist angesichts möglicher Steuersenkungen den meisten Gemeindepolitikern sowieso egal.

Argumentiert wird immer wieder mit der Pflegefinanzierung und notwendiger betrieblicher Flexibilität. Im Grunde also mit neoliberalen Phrasen, die auf der Lehrmeinung von Ökonomen und nicht auf den Bedürfnissen von Bewohnerinnen und Bewohnern oder gar der Mitarbeitenden beruhen.

Es geht aber auch anders. Die Stadt Biel hat 2011 auf eine Auslagerung verzichtet, weil die

strasse



© Thomas Studer, www.thomasstuder.com

Sessionsbesuch der SP Kanton Luzern in Bern

Am 3. Juni besuchten 12 Genossinnen und Genossen der SP Kanton Luzern die Session des eidgenössischen Parlaments in Bern. Wir wurden von Prisca beim Eingang empfangen und konnten im bundeshauseigenen Restaurant «Galerie des Alpes» zu Mittag essen. Die Sommersession steht ganz im Zeichen des US-Steuerdeals. Während wir assen, wurden hinter verschlossenen Türen die Fraktionsspitzen vom Bundesrat über weitere Details informiert. Wir hingegen diskutierten schon während des Essens und danach in einem Sitzungszimmer des Bundeshauses mit Prisca Fragen zum Parlamentsbetrieb und zu den anstehenden Geschäften der Sommersession. Prisca informierte uns über ihre Arbeit als Nationalrätin. Nebst der Teilnahme an Kommissions- und Fraktionssitzungen sowie natürlich an den Sessionen steht viel Medienarbeit an. Ein mit Einladungen vollgestopftes Mäppchen zeugte davon, wie viele Lobbying-Veranstaltungen während der Session stattfinden.

Nebst dem Steuerdeal mit den USA standen an der Session die Finanzierungsvorlage der Bahninfrastruktur (FABI) mit dem Luzerner Tiefbahnhof, die elterliche Sorge und die Swissness-Vorlage auf der Traktandenliste. Während Prisca uns über diese Geschäfte informierte, stiess Andy Tschümperlin, der Fraktionschef der SP, zu uns. Schnell war das Thema die Strategie und Haltung der SP zum Abkommen mit den USA. Insiderinformationen zum Steuerdeal konnten wir ihm allerdings nicht entlocken.

Ein Höhepunkt des Sessionsbesuchs war das Verfolgen des Ratsbetriebs auf der Tribüne. Zwar wurden in diesem Moment, Geschäfte behandelt, die von nicht allzu grosser Bedeutung waren, doch das Treiben im Saal zu beobachten war spannend. Auf Geheiss ihrer Pager legen die ParlamentarierInnen bei den Abstimmungen jeweils veritable Sprints hin ...

Nach dem Verweilen auf der Tribüne kamen wir in Genuss einer Führung durch das Bundeshaus. Wir besichtigten die Eingangshalle und wurden über die Symbolik der Einrichtungen und der Architektur informiert. Danach trafen wir uns nochmals mit Prisca. Zusammen mit Louis Schelbert beantwortete sie unsere Fragen zu unseren Eindrücken und auch hier drehte sich die Diskussion schon bald wieder um den Deal mit den USA und die weitere Beratung dieses Geschäfts während der Session, welche zum Teil ad-hoc auch frühmorgens oder spätabends stattfindet. Wir hingegen verabschiedeten uns und machten uns nach einem spannenden Nachmittag unter der Bundeshauskuppel wieder auf die Heimreise nach Luzern.

Vielen Dank an Bené für die Organisation und natürlich an Prisca für den interessanten Blick hinter die Kulissen!

Priska Lorenz
Kantonsrätin



n

im öffentlichen Interesse stehenden guten Betreuung für alle so nicht mehr gewährleistet werden kann, ebenso wenig gute Arbeitsbedingungen. Vor wenigen Wochen hat auch die Stadt Bern entschieden, das letzte in ihrem Besitz verbliebene Heim weiter selbst zu betreiben.

Für die Mitarbeitenden der WIA in Thun gibt es momentan noch keine Lösung, sie kämpfen aber weiter für ihre Arbeitsbedingungen, getreu dem Motto «gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen». Für Luzern geht es darum, es gar nicht so weit kommen zu lassen.

Daniel Gähwiler
Vizepräsident SP Kanton Luzern



SP RUSWIL

Markus Horisberger neuer Präsident



Markus Horisberger, Präsident, und Lukas Schumacher, Vizepräsident, so heisst das neue Führungsduo der SP Ruswil. Auf ihr erfolgreiches Wirken wurde an der letzten Parteiversammlung mit einem guten Glas Wein angestossen.

Seit der Gründung der SP Ruswil vor 19 Jahren war Lotti Stadelmann im örtlichen Parteivorstand aktiv, die letzten Jahre war sie Ortsparteipräsidentin. Letztes Jahr wurde sie in den Ruswiler Gemeinderat gewählt. Der Ruswiler SP-Vorstand hat sich daher an seiner letzten Sitzung neu formiert.

Als neuer Präsident der SP Ruswil wurde Markus Horisberger gewählt. Markus Horisberger ist 40-jährig, verheiratet und Vater von 2 Kindern. Er ist in leitender Stellung in Baar (ZG) als eidg. dipl. Elektroinstallateur tätig. Zu seinen Hobbys zählen unter anderem Kochen und Fussball. Er ist im FC Ruswil Verantwortlicher Nachwuchs.

Als neuer Vizepräsident wurde Lukas Schumacher gewählt. Lukas Schumacher ist 21-jährig und Student in Volkswirtschaft. Er ist zudem Vizepräsident der JUSO Kanton Luzern. Die SP Ruswil wünscht dem neuen Führungsduo viel Erfolg in seiner Funktion.

Die weiteren Chargen im Parteivorstand sind: Peter Eggenschwiler, Aktuar, Lotti Stadelmann, Kassierin, Peter Dietrich und Samuel Dietrich, Revisoren.

Sessionsbesuch in Bern



12 Genossinnen und Genossen besuchten am 3. Juni zum Sommersessions-Beginn die SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo in Bern. Im Bild ganz links: SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin (SZ), 6. von rechts: Luzerns SP-Vertreterin im Bundeshaus, Prisca Birrer-Heimo.

AGENDA

JUNI

Montag, 24. Juni

3. Berner Suppe mit Prisca Birrer-Heimo, 19.30 Uhr,
Restaurant Löwen, Ruswil

AUGUST

Dienstag, 20. August, 19.15 Uhr
Delegiertenversammlung

SEPTEMBER

Mittwoch, 4. September
Sektionskonferenz
19.00 Uhr

Samstag, 7. September
125-Jahr-Jubiläum SP Schweiz,
ganztäglich in Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin

SP Kanton Luzern
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern
T 041 311 05 85, F 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch
www.sp-luzern.ch

Redaktion

Sebastian Dissler
Benedikt Koller

3. BERNER SUPPE

Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo
berichtet aus der Sommersession
des Parlamentes

Mit offerierter Suppe
Keine Anmeldung erforderlich
24. Juni 2013, 19.30 Uhr
Restaurant Löwen, Ruswil

